

Ressort: Politik

Union und SPD einigen sich auf Regelung der "Kinderehen"

Berlin, 20.05.2017, 11:18 Uhr

GDN - Union und SPD haben sich bei den umstrittenen "Kinderehen" geeinigt. Die Union stimmte dem Konzept von Justizminister Heiko Maas (SPD) zu, berichtet der "Spiegel".

Eheschließungen zwischen Partnern unter 18 Jahren sind in Deutschland künftig ausnahmslos verboten. Ehen minderjähriger Flüchtlinge müssen die Jugendämter zwingend den Gerichten melden. War ein Partner bei der Heirat jünger als 16, soll die Ehe pauschal nichtig sein. Zwischen 16 und 18 Jahren müssen die Gerichte prüfen, ob ein Härtefall vorliegt und die Ehe ausnahmsweise wirksam ist. Die CSU hatte die Unwirksamkeit sämtlicher Ehen unter 18 gefordert. "Wir werben nach wie vor für das wichtige Signal der absoluten Nichtigkeitslösung", sagte CSU-Rechtspolitiker Alexander Hoffmann. "Zudem ist es eine Illusion, gerichtlich klären zu wollen, wer aus freien Stücken heiratete." Widerstand gegen Maas' Konzept will die CSU aber nicht mehr leisten.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-89651/union-und-spd-einigen-sich-auf-regelung-der-kinderehen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com